



Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SSW

Umsetzung des Arbeitsprogramms der EU-Kommission für 2023 in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erkennt im Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2023 (COM (2022) 548 final vom 18.10.22) folgende Schwerpunkte als besonders relevant für Schleswig-Holstein an:

1.) Aus Anhang I des Arbeitsprogramms (neue Initiativen)

- 1.) Strommarkt – Überarbeitung der EU-Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt
- 2.) Erneuerbarer Wasserstoff – EU-Wasserstoffbank
- 3.) Abfallreduzierung – Überarbeitung der Aspekte Lebensmittelverschwendung und Textilien in der EU-Abfallrahmenrichtlinie
- 5.) Nr. 2, Tierwohl – Überarbeitung der Rechtsvorschriften
- 6.) Nachhaltige Lebensmittelsysteme – Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme
- 7.) Gesunde Böden – Initiative für den Schutz, die nachhaltige Bewirtschaftung und die Wiederherstellung von Böden in der EU
- 8a.) Paket zur Ökologisierung des Güterverkehrs – Internationaler Güter- und Personenverkehr – Steigerung des Anteils des Schienenverkehrs
- 8c.) Paket zur Ökologisierung des Güterverkehrs – Überarbeitung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
- 10.) Kritische Rohstoffe – Europäisches Gesetz zu kritischen Rohstoffen

- 20.) Mehrjähriger Finanzrahmen – Überprüfung der Funktionsweise des mehrjährigen Finanzrahmens, möglicherweise einschließlich einer Überarbeitung
- 23.) Unternehmensbesteuerung – Unternehmen in Europa: ein Rahmen für die Unternehmensbesteuerung (BEFIT)
- 27a.) Paket zur Sozialwirtschaft – Empfehlung des Rates zur Entwicklung von Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft
- 27b.) Paket zur Sozialwirtschaft – Gesetzgebungsinitiative zu grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Vereinen
- 32.) Maritime Sicherheit – Gemeinsame Mitteilung über die Aktualisierung der EU-Strategie für maritime Sicherheit
- 35.) Legale Migration – Anerkennung von Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen
- 37.) Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern – Überarbeitung der Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern
- 38.) Cybersicherheit – Akademie für Cybersicherheitskompetenzen
- 41.) Paket zur Verteidigung der Demokratie – Paket zur Verteidigung der Demokratie, einschließlich einer Initiative zum Schutz des demokratischen EU-Umfelds vor verdeckter ausländischer Einflussnahme
- 43.) Rechte von Menschen mit Behinderung – EU-Behindertenausweis

2.) Aus Anhang II des Arbeitsprogramms (REFIT-Initiativen)

- 1.) Überarbeitung der REACH- Verordnung: gezielte Änderungen der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe – Mit dieser gezielten Überarbeitung, die in der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit und im Null- Schadstoff-Aktionsplan angekündigt wurde, sollen europäische Wettbewerbsvorteile und Innovationen durch die Förderung nachhaltiger Chemikalien gesichert, der Regulierungsprozess vereinfacht und gestrafft, der Aufwand verringert sowie die menschliche Gesundheit und die Umwelt geschützt werden.
- 4.) Überarbeitung der Textilkennzeichnungsverordnung – Die Kommission wird die Textilkennzeichnungsverordnung überarbeiten, um Spezifikationen für die physische und digitale Kennzeichnung von Textilien einzuführen, einschließlich Informationen in Bezug auf Nachhaltigkeits- und Kreislaufprinzipaspekte auf der Grundlage der Anforderungen der vorgeschlagenen Verordnung über die umweltgerechte Gestaltung nachhaltiger Produkte.
- 8.) Überarbeitung des Rahmens für alternative Streitbeilegung und Online-Streitbeilegung für eine verbesserte Durchsetzung des Verbraucherrechts – Ein starker Rahmen für die alternative Streitbeilegung (ADR) wird es Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Unternehmen ermöglichen, ihre Streitigkeiten rasch und kostengünstig außergerichtlich beizulegen. Die während der Pandemie zu verzeichnenden Zuwächse beim Online-Einkauf haben

gezeigt, dass es Spielraum für eine allgemeine Vereinfachung gibt, insbesondere bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten und kosteneffizienten Maßnahmen, z. B. durch den verstärkten Einsatz digitaler Instrumente und kollektiver Streitbeilegungsmechanismen. Ziel der Initiative ist die Modernisierung des ADR- Rahmens vor dem Hintergrund der raschen Entwicklung von Online-Märkten und Online-Werbung sowie der Notwendigkeit, den Verbraucherinnen und Verbrauchern Zugang zu fairen, neutralen und effizienten Streitbeilegungssystemen zu verschaffen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, auf EU-Ebene – nach Absprache mit dem Parlament – inhaltlich Einfluss zu nehmen und die Interessen des Landes deutlich zu machen sowie den Landtag in seinen zuständigen Gremien über alle wesentlichen Schritte der Landesregierung zur Umsetzung dieser Initiativen in Schleswig-Holstein zu unterrichten.

Rasmus Vöge
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Marc Timmer
und Fraktion

Dr. Heiner Garg
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion